

Gastkommentar für die Gelnhäuser Neue Zeitung

17.03.2010

Die griechische Malaise und der Euro

von Hans-Joachim Otto

Lehman Brothers und Griechenland – beide Namen stehen für Krisen an den Finanzmärkten. Und beide Male geht es nicht nur um den Einzelfall, sondern um die Folgewirkungen auf Dritte, kurz: den Dominoeffekt. Die Pleite der Investmentbank Lehman Brothers löste im Herbst 2008 eine internationale Banken- und Wirtschaftskrise aus, die weltweit nur durch sehr massive staatliche Eingriffe gemildert werden konnte. In der Folge stieg die Staatsverschuldung in fast allen Ländern auf bislang unbekannte Höhen; so etwa in Deutschland. Aber eben auch in Griechenland.

Ein Zahlenvergleich: In Griechenland beläuft sich das Defizit der öffentlichen Haushalte 2009 auf knapp 13 Prozent, in Deutschland auf lediglich 3,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zur Erinnerung: Laut Euro-Stabilitätskriterien sollte das Haushaltsdefizit nicht über 3 Prozent liegen. Eine weitere Zahl ist aber aussagekräftiger: Fast jeder vierte Berufstätige arbeitet im griechischen Staatsdienst; in Deutschland trifft das nur auf jeden siebten Beschäftigten zu. Mit anderen Worten: Der griechische Staat überwuchert die private Wirtschaft.

Lehman Brothers und Griechenland – das sind auch Lehrstücke in Sachen Verschleierung und Vertuschung. Lehmann hat über Monate die Finanzmärkte getäuscht, Bilanzen frisiert und damit sein wichtigstes Kapital verspielt: Vertrauen. Bei aller Freundschaft zu unseren südosteuropäischen Nachbarn - für Griechenland ist etwas ähnliches zu konstatieren: Über Jahre wurden die offiziellen Statistiken geschönt , um das wahre Ausmaß der Verschuldung und der politischen Reformunwilligkeit zu verschleiern. Lehman ist passé, Griechenland kämpft gegen den Staatsbankrott. Schwerer als die finanziellen Folgen wiegt jedoch auch hier der Vertrauensverlust an den Finanzmärkten und bei den europäischen Partnern.

Klar ist allerdings auch: Die Euro-Partner und die EU werden die finanzielle Stabilität der Euro-Zone notfalls mit entschlossenen und koordinierten Maßnahmen bewahren, um einen Dominoeffekt auszuschließen. Allein mit dieser Zusage stärkt die EU das Vertrauen in Griechenland und den Euro. Ein Eingreifen der EU kann aber nur die ultima ratio sein. Zunächst ist Griechenland am Zug: Ausgaben kürzen, Privilegien streichen und die Schwarzarbeit bekämpfen, die auf immerhin 30 Prozent des Bruttoinlandprodukts geschätzt wird. Die griechische Regierung hat bereits sinnvolle Maßnahmen beschlossen – doch erst die Umsetzung und ein entsprechender Erfolg wird abhanden gekommenes Vertrauen zurückgewinnen.

Neben der griechischen Malaise treibt die Bundesregierung vor allem eine Frage um: Wie können wir so etwas in Zukunft verhindern? Auf der ganz praktischen Ebene sorgen wir dafür, dass die jeweiligen Länderstatistiken ehrlicher werden. Zahlentrickserei darf es nicht mehr geben. Deshalb wäre es auch verkehrt, Fehlverhalten mit Steuermitteln auszugleichen. Die griechischen Probleme müssen und werden vor allem von den Griechen selbst gelöst werden, nicht vom deutschen Steuerzahler. Darüber hinaus ist es richtig, unseren Instrumentenkasten für Notfälle zu verbessern. Darüber wird noch zu reden sein.

Zum Autor: Hans-Joachim Otto ist seit Oktober 2009 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie. Der FDP-Abgeordnete sitzt für den Wahlkreis Frankfurt am Main I seit vier Wahlperioden im Deutschen Bundestag und betreut als FDP-Bezirksvorsitzender Rhein-Main auch den Main-Kinzig-Kreis. Der gelernte Notar und Rechtsanwalt ist 57 Jahre alt, verheiratet und hat zwei erwachsene Töchter.